

Lärm schallt Waiblingen in den Ohren

Polit-Schach, die Zweite: Regierungspräsidium verspricht keine Lärmschutzmaßnahmen

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
MARTIN WINTERLING

Waiblingen.

Kein großes Theater mehr, eher Bauernstadel hat gestern der zweite Tag der Erörterung zur Andriof-Brücke geboten. Aber auch Bauerntheater ist nicht ohne. Ganz nebenbei stellte sich heraus, dass das Regierungspräsidium den Lärmschutz, den der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky seinem Gemeinderat in Aussicht stellte, gar nicht zugesagt haben will.

Die Neckarquerung bringt den Bürgern im weiten Umkreis mehr Verkehr – und mehr Lärm. Am ersten Tag der Erörterung hat das erst vor kurzem bekannt gewordene Gutachten zu den Fernwirkungen des Lärms fast zum Eklat geführt, weil sich die Bürger- und Oberbürgermeister einmal mehr vom Regierungspräsidium hinter Licht geführt fühlten. Immerhin sorgten sie mit ihrem vereinten Auftreten dafür, dass dieses Gutachten bis Mitte April öffentlich ausgelegt wird und im Anschluss die Einwendungen nochmals erörtert werden. Selbst der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky, ein Befürworter der Neckarquerung, zeigte im Vorfeld der mittlerweile dritten Erörterungsrunde seinen Unmut über dieses Lärmgutachten und forderte eine Vertagung der Erörterung.



Protest gegen die Neckarquerung.

Bild: Habermann

Just jener Oberbürgermeister hatte Mitte 2009 seinem Gemeinderat eine Menge Lärmschutz versprochen, sollte der zusätzliche Verkehr aufgrund der Neckarquerung den Bürgern in den Ohren dröhnen. Beim Erörterungstermin wollte das Regierungspräsidium von seinen Zusagen nichts mehr wissen. Zitat aus der Beschlussvorlage vom 7. Mai, der der Gemeinderat mehrheitlich zustimmte: „*Sofern die Werte von 70 dB (A) tags und/oder 60 dB (A) nachts überschritten werden und der kausale Zusammen-*

hang zwischen dem Neubau der Neckarquerung und der Verkehrszunahme/erhöhten Lärmbelastung in den Straßen nachgewiesen ist, ist die Straßenbauverwaltung als Vorhabenträgerin rechtlich verpflichtet, Lärmsanierungsmaßnahmen zu realisieren und zu finanzieren.“

Beim Erörterungstermin war weder von 60/70 Dezibel mehr die Rede noch von einer finanziellen Verpflichtung. Vielmehr geht das Gutachten von den Werten 63 und 73 dB aus, ab denen eine Gesundheitsgefähr-

dung angenommen wird und über Lärmschutz nachgedacht werden muss. Drei Dezibel sind keineswegs ein vernachlässigbarer Lärmpegel, sondern schallt den Menschen gewaltig in den Ohren.

Verpflichtend, wie Hesky seinem Gemeinderat gegenüber dargestellt hat, ist für Regierungsdirektor Michael Trippen der Lärmschutz nicht. Der stellvertretende Leiter des Referats Recht und Planfeststellung, der die Erörterung moderierte, stellte selbst infrage, ob der zusätzliche Verkehrslärm durch die Andriof-Brücken überhaupt irgendwelche Ansprüche an Lärmschutz auslöst. Die Deutsche Bahn jedenfalls verneine grundsätzlich solche Ansprüche, merkte Trippen an.

**Baubürgermeisterin Priebe:
„Im höchsten Maße unseriös“**

Die Waiblinger Baubürgermeisterin Birgit Priebe wundert sich. Sie kann den Standpunkt, den das RP gestern bei der Erörterung zu den Grenzwerten einnahm, überhaupt nicht nachvollziehen. Es sei „im höchsten Maße unseriös, wie den Kommunen Zusagen gegeben werden“, sagte Priebe auf Anfrage. Die Grenzwerte 60/70 Dezibel seien der Stadt im vergangenen Jahr vom Regierungspräsidium in Gesprächen zugesichert worden, verwies sie auf ältere Unterlagen aus dem Regierungspräsidium. Dass die Fernwirkungen der Brücke einen Anspruch auf Lärmschutz auslösen, sei noch vor zwei Wochen im Regierungspräsidium selbst unstrittig gewesen, wunderte sich die Baubürgermeisterin gestern.

Zitate

■ *In Fellbach hätte es heute Morgen Kaffee gegeben.*

Die Fellbacher Baubürgermeisterin **Beatrice Soltys** über den Tagungsort Stuttgart.

■ *Ich kann Herrn Rech nicht mit dem Bollerwagen nach Fellbach karren.*

Michael Trippen, Moderator der Erörterung, zum Vorwurf, dass sich Innenminister Heribert Rech noch nicht in Fellbach den Brückengegnern stellte.

■ *Je östlicher die neue Brücke liegt, desto eher wird sie der echten Nachfrage gerecht.*

Wolfgang Schmidt, Leiter des Fellbacher Tiefbauamtes, zum aus seiner Sicht **falschen Standort** der Brücke.

■ *Das stellt die Qualität des Gutachtens in keiner Weise infrage.*

RP-Chefplaner **Jürgen Holzwarth** zu den im Lärmgutachten vergessenen Gebäuden.

Das Lärmschutzgutachten, an dem sich das Theater am ersten Tag der Erörterung festmachte, spielte am zweiten Tag nur eine untergeordnete Rolle. Denn im Detail wollten sich weder die Kommunen noch die Arge Nordost mit dem Gutachten beschäftigen. Viel zu kurzfristig sei ihnen das 2000-seitige Werk vorgelegt worden. Aber schon beim Durchblättern stießen die Einwender auf etliche Fehler, wies Arge-Sprecher Josef Michel auf einige Gebäude hin, die in der Untersuchung schlicht vergessen wurden. Dies erschien ihm umso unverständlich, als das Gutachten bei den untersuchten Häusern den notwendigen Lärmschutz im Detail bis hin zu einzelnen Stockwerken aufgeschlüsselt hat.